

Der vorliegende Entwurf... 1. Die Reichs-Verfassung, 2. Die Reichs-Verfassung, 3. Die Reichs-Verfassung...

General-Anzeiger für Chemnitz und Umgegend. (Schäffler & Co. Verlag) gegründet 1873 als 'Anzeiger' für Chemnitz und Umgegend.

Das vorliegende... Eisenbahn-Zeitung...

Deutscher Reichstag.

Die Flottenvorlage in der Budgetkommission.

Chemnitz, den 27. Februar 1898.

Es war eine außerordentlich anregende Sitzung, welche die Budgetkommission gestern abhielt. Aus dem Ergebnis dieser Sitzung ging die Gemüthsstimmung hervor, dass die Annahme der Flottenvorlage gesichert ist und zwar nicht nur in Anbetracht der mannigfachen Vorteile, sondern auch in der Festlegung auf...

beruht auf einem Kompromiss. Man darf nicht vergessen, daß 1867 die genannte Vinkte nur über eine Mehrheit von etwa sechs Stimmen vorlag. Die Vorlage enthält nun einmal eine Bindung des Reichstages, das hat der Reichskanzler selbst zugegeben. — Abg. Webel bekämpft die Vorlage auf das Entschiedenste. Der Referent, Abg. Dr. Lieber, habe heute seine inneren Anspannungen entläßt. Der Referent bestreitet, daß die Schiffsflotte ihre Aufgaben, wie erwartet, erfüllen werde. Die deutschen Küsten schützen sich selbst, das habe Admiral Hollmann zugegeben, der sich auch gegen eine Bindung auf mehrere Jahre ausgesprochen habe. Aus der Area der Verträge seien wir noch nicht heraus. Windhorst sei stets gegen eine Einschränkung des Entschertes des Reichstages gewesen. — Abg. Graf Arnim (Reichsp.) erläutert daran, daß im Jahre 1848 vom Marineausfluß der Nationalversammlung die Nothwendigkeit erkannt worden sei, der zu schaffenden Marine einen bestimmten, von jeweiligen Majoritätsschwankungen unabhängigen Plan zu Grunde zu legen, da die umfangreiche Schöpfung einer Marine nur gelingen könne, wenn ihre verschiedenen Theile mit unwandelter Stetigkeit nach einem Plane und mit getreuer Befolgung an den vorzeichenenden Grundlinien ausgeführt und durchgeführt werden. Das sei zu einer Zeit gesagt worden, wo das Volk nicht an einem Urtelchen seiner Grundrechte hätte knicken lassen. Die englische Defens-Masse der Regierung viel mehr Rechte, als die deutsche Regierung verlange. Die deutsche Regierung sei in Bezug auf Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte viel entgegenkommender als die englische. Er hoffe, daß die Kosten gründlich geprüft und erwogen seien, so daß man mit der erforderlichen Summe ankomme. Die sieben Jahre erscheinen den Flottenverfeindern als lange Zeit, aber diesen Zeitpunkt hinaus dürfe man unter keinen Umständen warten. — Abg. Dr. v. Hammer macht Webel auf die Bedenken einer öffentlichen Verhandlung über die Schiffsflotte unserer Seeküste aufmerksam und empfiehlt die Grundgedanken der Vorlage des Referenten. Was Dr. Lieber wolle, sei eine Nachbildung des englischen Flottengesetzes von 1889 und viele eine erwünschte Garantie gegen eine unerwartete Belastung des Reiches. Das Entgegenkommen des Staatssekretärs Tirpitz sei um so mehr zu begrüßen, weil mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß Ersatzarbeiten in erhöhter und nicht voranschreitender Zahl notwendig seien, deren Kosten ebenfalls aus den in das Gesetz eingeschalteten Gesamtschätzen bestreiten werden müssen, wenn der Reichstag keine besonderen Mittel dafür bewilligt. — Abg. Dr. v. Jagow (Bole) erklärt sich dementsprechend für die Vorlage. Die Fraktion habe sich einstimmig gegen das Gesetz erklärt. In Bezug auf die Abstimmung in der Spezialberatung sei ihm von der Fraktion freie Hand gelassen worden. — Abg. Müller-Falda (Zent.) bedauert die Haltung der Voten und stimmt im Uebrigen den Ausführungen Liebers bei. Er hofft, daß man mit der erforderlichen Summe auskommen werde, und wenn nach den Lieber'schen Entwürfen eine präzisere Festlegung beschlossen würde, könne das Gesetz sehr wohl zur Verabschiedung gelangen. Hieran begann der dritte Theil der Generaldiskussion, die Betrachtung der finanziellen Seite der Vorlage. Referent Dr. Lieber befragt sich darüber, daß sich die Gesetzvorlage über die Deckung der Ausgaben nicht ausspricht. Namentlich sei es notwendig, zu wissen, ob die Deckung möglich sein wird ohne neue Steuern. Sollte dies nicht der Fall sein, so möchte er eine Einkommensteuer von den Einkommen über 10 000 Mark in Vorschlag bringen. Staatssekretär Frhr. v. Tschirnmann erklärt, daß die Deckungen für die erforderlichen Mehrausgaben für die nächsten 3 Jahre, also bis 1901, im Reichshaushalt vorhanden sind. Die jetzt noch nothwendigen militärischen Mehraufwendungen im Betrage von etwa 46 Millionen Mark jährlich werden ebenfalls im Jahre 1901 frei. Neben diesen 46 Millionen Mark Ersparnissen ist aber auch auf das Plus an Einnahmen zu rechnen, die sich aus der normalen Weiterentwicklung des Reiches ergeben. Es liegt keine Veranlassung vor, an der weiteren Leistungsfähigkeit und Entlohnung des Reiches zu zweifeln. Abg. Müller-Falda (Zent.) prophezeit eine wesentliche Steigerung der Ausgaben für Militärzwecke, weshalb die Befürchtung gerechtfertigt sei, daß man ohne neue Steuern nicht auskommen werde. Staatssekretär Frhr. v. Tschirnmann widerlegt diese Befürchtung; insbesondere sei noch nicht bekannt, daß ein neues Kleinkalibriges Gewehr eingeführt werden soll. Unser jetziges Gewehr sei auf abschbare Zeit das beste. Abg. Richter (Vest. Sp.) meint, das Reich hätte noch ein kleines Defizit von 40 bis 50 Millionen, so daß der Plan nur durch neue Schulden oder neue Steuern erudigt werde. Abg. Paasche und Unterstaatssekretär Ahsenborn widersprechen dem, unter Hinweis auf die stets wachsenden Steuererträge. Die Abg. v. Kardorff, v. Hammer, v. Massow, Prinz Krenberg, Lieber u. A. billigen theoretisch eine Reichssteuererhöhung, halten sie aber für staatsrechtlich oder technisch undurchführbar. Abg. Lieber wünscht schließlich für Kaiserthum die Aufstellung eines besonderen Etats, ebenso wie für die Kolonie. — Damit ist die Generaldiskussion geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch den 2. März; Spezialdebatten und Anträge Lieber.

Der Krieg zwischen Spanien und dem Vereinigten Staaten von Nordamerika, der seit Ausbruch des Aufstandes auf Cuba in Aussicht stand und in jüngerer Zeit kaum mehr vermieden schien, kann vielleicht schon in den nächsten Tagen Thatsache sein. Die Amerikaner fahren, wie der Draht meldet, in angestimmten Kriegseinstellungen fort. Wenn aber auch die republikanische Regierung das Schwert noch in der Scheide halten wollte, so scheinen doch die Feuerkugeln bereits auf das Land zu regnen, den alten Has gegen die Spanier entzündend. Der Volkswille, die Volkseinstimmung der Amerikaner läßt den Uralgen Ausgleich mit dem Pyrenäen-Königreiche für nahezu gewiß erscheinen; die schonbestehende Rivalität der Spanier auf Cuba und die schrecklichen Gräueltaten der Amerikaner an den amerikanischen Demokraten der Insel verdrängen, geben der Nation das erwünschte moralische Recht, die begehrte Hand nach der Hand der Vorkämpfer auszustrecken. Der Zeitpunkt vor dem Beginn großen Blutvergießens und Völkermordens hält die Menschheit wohlbegehrlich in erstem Range. Mittelmeerpolitische Interessen sind es nicht, die durch einen spanisch-amerikanischen Krieg unmittelbar berührt würden. Zwar weiß Niemand, welche Folgen und Wirkungen die voranschreitende Niederkunft Spaniens, dieses tief gesunkenen, bankrotten und von lauernden Anstrengungen erfüllten Staates, nach sich zöge; der verheerendste Zusammenbruch des einst so glanz- und machtvollen Staatsgebildes könnte, an einer bestimmten Grenze angelangt, allerdings der oceanischen eine spanische Frage zur Seite stellen, die dann das europäische Gleichgewicht bedroht. Solche Rücksicht in die Zukunft muß indessen, ehe die ersten Kanonenschüsse im transatlantischen Kriege geschlagen werden, weit verfehlt. Wir dürfen uns als unheimliche Zuschauer fühlen, die kein anderes Mitgefühl befehrcht, als das allgemeine menschliche. Die letzten Nachrichten lauten: New-York. Die Klüfflungen werden in den Küstenstädten eifrig betrieben. Die Stimmung gegen Spanien ist außerordentlich bitter. — New-York Herald" meldet, Mr. Kinkaid habe dem Vizepräsidenten des Senats und zwei Senatoren gegenüber die Meinung ausgedrückt, daß, wenn die Explosion des "Maine" auf Bösartigkeit zurückzuführen sei, ein Krieg unvermeidlich wäre. London. "D. Mail" meldet aus New-York: Nach Bericht aus Washington verhehlen sich höhere Beamte der Admiralität nicht, daß man einer kritischen Lage entgegengeht. Die Arbeiten der Untersuchungskommission in Havana werden zwar geheim gehalten, jedoch gewinnt die Meinung, daß die Katastrophe des Kreuzers "Maine" durch eine vorantkommenden Explosion einer unterirdischen Mine hervorgerufen worden ist, an Wahrscheinlichkeit. Die spanische Regierung leugnet allerdings das Vorhandensein solcher Mienen im Hafen von Havana. Madrid. Am Montag geht eine aus 6 Torpedojägern bestehende Torpedobrigade nach den cubanischen Gewässern ab. — Die Handelskammer werden einberufen, um ihre Meinung über den Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten kundzugeben. Politische Rundschau. Chemnitz, den 28. Februar. Deutsches Reich. Berlin, 27. Februar. Der "Post" zufolge sind betreffs der Reise des Kaisers nach Palästina im Herbst dieses Jahres bisher noch keinerlei Dispositionen getroffen oder Pläne gefaßt worden. Außerdem tritt die "Post" der Meldung entgegen, daß im Anschluß an die Palästina-Reise ein Besuch des Kaisers am Adriatiker Hofe beabsichtigt sei. — Das weimarische Blatt "Deutschland" meldet, daß für dieses Frühjahr Aussicht auf den Besuch des Kaisers auf der Wartburg mit dem Großherzog vorhanden sei. — Zur Flottenvorlage wird uns aus Berlin Folgendes geschrieben: Nach den Ergebnissen der gestrigen Verhandlungen über das Flottengesetz in der Budgetkommission des Reichstages wird in parlamentarischen Kreisen das Zustandekommen der Vorlage in der durch die Vorlage des Abg. Lieber abgeänderten Fassung als gesichert betrachtet. Man nimmt an, daß die Regierung sich mit diesen Abänderungen einverstanden erklären und daß die Mehrheit der Zentrumsfraction abdam für das Gesetz stimmen werde. Auch sämtliche Kräfte der Opposition zweifeln nicht mehr an dem Zustandekommen der Regierungsvorlage mit unwesentlichen Abänderungen, die vom Zentrum beantragt sind. Der "Vorwärts" schreibt: "Der Umschwung des Zentrums ist da. Es ist gekommen, wie man voraussah. Herr Dr. Lieber, der schon bei der ersten Lesung im Plenum des Reichstages dem Herrn Unterstaatssekretär Tirpitz eine ganz Hand freundschaftlich entgegenstreckte und mit der anderen sich noch ein wenig zierte und zurückhielt, Herr Dr. Lieber hat nun seine beiden frommen Zentrums Hände dem Ministerium, dem Reichskanzler gereicht." Die "Post" hebt hervor, daß nunmehr die Flottenfrage als Wahparole ausscheiden wird. Es bleibt daher der Regierung als Porote lediglich die Fösilität der Miquel'schen Sammlung, die aber in der jüngsten Zeit unverkennbar in den Wandelkreis des Reiches getreten sei, schon deshalb, weil sie sich immer deutlicher als eine Sammlung lebendig für den Bund der Landwirthe entpuppt. Unser Berliner Berichterstatter schreibt uns unterm 27. Februar: Im Frühjahr fliegen bekanntermaßen die Lohnebewegungen an der Tagesordnung zu sein. Bereits jetzt löst man vielfach die Frage auf, ob auch in diesem Jahre Ausfälle größerer Umfangs zu erwarten sein würden. Diesmal ist auscheinend weniger Grund zu solchen Befürchtungen. Für die sozialdemokratische Agitation zu den Reichstagswahlen sollen außerordentliche Anstrengungen gemacht, nicht nur der "letzte Mann", auch der "letzte Groschen" zur Stelle geschafft werden. Das verbietet von selbst weitere erhebliche Aufwendungen zu streichen. Ferner kommt in Betracht, daß naturgemäß unter Lohnbewegungen die politische Agitation leidet. Es scheint, auch nach der reservirten Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu schließen, daß die sozialdemokratische Bewegung

Krieg!

Die Drahtnachrichten aus New-York rücken die Gefahr eines großen Krieges bedeutend näher. Die Meldung von einer panikartigen Bewegung an der New-Yorker Börse ist eine überaus besorgniserregende Nachricht. Die Unternehmungen sind nicht abgeschlossen, drang nämlich in der öffentlichen Meinung der Amerikaner die Ueberzeugung durch, daß das amerikanische Schiff "Maine" mit Hunderten von unglücklichen Menschen von der Spornier auf offener See in die Luft gesprengt worden sei. Thatsache ist, daß die New-Yorker spanischer Städte die entsehrliche Gemüthsruhe hatten, die Nothwehr von dem Schiffsunglück mit großen Demonstrationen zu